Nummer 12

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: L. Lewinsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges.-m.-b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 71. Jahrgang — Freitag, 8. Januar 1926

Unterredung Dr. Luthers mit dem Reichspräsidenten.

Heute vormittag 11 Uhr hat der Reichspräsident von Hindenburg den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Luther zu einer Besprechung empfangen, die sich längere Zeit ausdehnte. Sie galt in erster Linie der Erwägung, wann eine Beauftragung Dr. Luthers zu erfolgen habe. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Beauftragung Dr. Luthers mit der Regierungsbildung erst in den nächsten Tagen erfolgen wird. Maßgebend hierfür dürfte die bekannte Tatsache sein, daß in den nächsten Tagen einige Parteien noch einmal grundsätzlich und entscheidend zur innerpolitischen Lage Stellung nehmen sollen.

Die Beratungen der Fraktionen.

Im Reichstage sind jetzt die ersten Fraktionssitzungen einberufen worden. Die Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten treten zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre am Dienstag, 12. Januar, nach der Vollsitzung zusammen. Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preußischen Landtags versammeln sich bekanntlich zu einer gemeinsamen Sitzung bereits am Sonntag, 10. Januar.

Uebereinkommen zwischen Deutschland und Oesterreich in der Sozialversicherung.

Gleichstellung der Angehörigen beider Staaten.

Die im Auftrag der deutschen und österreichischen Regierung seitens des Senatspräsidenten Fritz und des Ministerialrats Dr. Kerber geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages auf dem Gebiete der Sozialversicherung wurde am heutigen Tage abgeschlossen und das bezügliche Uebereinkommen von dem österreichischen Gesandten Dr. Frank und dem Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. v. Valigand sowie den beiden genannten Unterhändlern unterzeichnet. Das Uebereinkommen sieht die völlige Gleichstellung der Angehörigen der beiden Staaten in sozialversicherungsrechtlicher Beziehung vor und bietet die Grundlage zu einem innigen Zusammenarbeiten der beiderseitigen Versicherungsträger. Besonders zu erwähnen ist, daß auch die in der Deutschen Angestellten- und der Oesterreichischen Pensionsversicherung erworbenen Beitragszeiten einander gleichgehalten werden, so daß die Gefahr des Verlustes der aus diesen Versicherungen erworbenen Anwartschaften beim Wechsel der Beschäftigung, die mit einer Uebersiedlung in das andere Staatsgebiet verbunden ist, ausgeschaltet wird. Das Uebereinkommen wird nunmehr ehestens den beiderseitigen parlamentarischen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden, um den Austausch der Ratifikationsurkunden bald vornehmen und so das Uebereinkommen in Kraft setzen zu können.

Wie das Deutschtum zerstört werden soll.

Das Schulwesen in der Tschechoslowakei.

Prag, 8. Januar.

Die Gesamtzahl der seit 1918 in der Tschechoslowakei aufgelösten deutschen Schulen hat die Ziffer 300, die der Schulklassen die Ziffer 3708 erreicht. Der Gesamtverlust des deutschen Schulwesens beträgt ein Viertel seines ursprünglichen Standes.

Das gleiche Streben in Polen.

TU **Danzig**, 8. Januar.

Der Abg. Graebe und Genossen von der Deutschen Vereinigung des polnischen Sejm haben an den polnischen Kultusminister wegen Nichtvorhandenseins deutscher Sprachunterricht für die deutschen Kinder in polnischen Schulen eine Interpellation eingereicht. In der Interpellation wird festgestellt, daß die deutschen Kinder, die in polnische Schulen zu gehen gezwungen sind, in den weitaus meisten Fällen keinen deutschen Sprachunterricht haben. Eine weitere Interpellation ist von dem Abg. Utta und anderen Mitgliedern der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat an den polnischen Kultusminister und den polnischen Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge über die rechtswidrige Entlassung von sechs Volksschullehrern in Lodz gerichtet worden, die in den Jahren 1917 oder 1918 das Lehrerseminar in Lodz absolviert hatten.

Wieder ein Deutscher in Südtirol festgenommen.

Ein neuer faszistischer Uebergriff.

TU **Wien**, 8. Januar.

Nach einer Meldung ist am 31. Dezember in Brixen in Südtirol der Sohn des früheren deutschnationalen Abgeordneten Ursin, Kandidat der Medizin, von den faszistischen Behörden festgenommen worden. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Das österreichische Außenamt hat auf Ersuchen der Familie des Vermißten Vorstellungen in Rom erhoben, um die Freilassung Ursins zu erreichen. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um einen Uebergriff faszistischer Organe handelt, wie solche in den letzten Wochen in Südtirol gegenüber Reisenden wiederholt vorgekommen sind.

„Gegen die Kreaturen der Wilhelmstraße."

Das Völkerbundssekretariat und die deutschen Stellenjäger.

(Von unserem Genfer Spezialmitarbeiter.)

Man konnte erwarten, daß der unerquickliche Streit in der deutschen Presse über die zukünftige Stellenbesetzung im Völkerbundssekretariat im Ausland beachtet werden würde. Die notwendige Abwehr unseres Auswärtigen Amtes gegen die unverantwortlichen Treibereien unserer unverbesserlichen Pazifisten hat nun eine Stelle auf den Plan gerufen, von der man eigentlich eine völlige Neutralität in dieser Angelegenheit hätte erwarten sollen, nämlich das Völkerbundssekretariat selbst. Denn der ausführliche Aufsatz, den das „Journal de Genève", das offizielle Völkerbundsblatt, am 3. Januar über die Frage der Vertretung Deutschlands im Völkerbund veröffentlicht hat, stammt ganz offensichtlich vom „Quai Wilson". Und wenn wir es auch natürlich nicht mit einer offiziellen Aeußerung zu tun haben, so ist es für uns umso wertvoller, denn wir können daraus unverblümt die wahre Stimmung erkennen, die unter den Mitgliedern des Völkerbundssekretariats, der organisatorischen Zentrale des Völkerbundes, herrscht.

Man muß zunächst einmal wissen, daß alle diese Herren, etwa 75 an der Zahl, bezahlte Angestellte, und zwar zumeist sehr gut bezahlte Angestellte des Völkerbundes sind. Fordert nun Deutschland eine seiner Bedeutung entsprechende Zahl von Vertretern, so läßt es sich nicht umgehen, daß eine entsprechende Zahl von Vertretern anderer Staaten ihre schönen Posten verliert, auf denen sich im übrigen noch keiner überarbeitet hat. Also heißt es, eine geschlossene solidarische Abwehrfront gegen die Eindringlinge aufrichten. Weiter aber befürchtet man, daß der bisher so gemütliche Betrieb im Völkerbundssekretariat, der allen unbequemen Dingen mit Eleganz auszuweichen wußte, stark gefährdet werden könnte, wenn etwa deutsche Vertreter sich hineinmischten, die den Willen, gewissen Dingen auf den Grund zu gehen, mit der Tätigkeit, Kritik zu üben, vereinigten. Was liegt da näher, als sich auf die Seite der deutschen Pazifisten zu schlagen, bei denen man keine „Seitensprünge" befürchtet, und die sicherlich mit einer Mindestzahl von Stellen, und seien sie noch so einflußlos, zufrieden sein werden, wenn nur einige wenige von ihnen der „großen Idee" dienen dürfen!

Und darum stellt der erwähnte Aufsatz zunächst einmal fest, ein Recht Deutschlands, Vertreter in das Völkerbundssekretariat zu entsenden, bestehe überhaupt nicht! Es sei lediglich Sache des Generalsekretärs, des Engländers Drummond, sich seine Mitarbeiter entsprechend ihrer Geeignetheit auszuwählen. Beispielsweise solle man nicht denken, daß an Stelle des nach Danzig entsandten Holländers van Hamel die Stelle des Leiters der juristischen Sektion einem Deutschen übertragen würde; dazu sei bereits der Brasilianer Fernandez ausersehen! Im übrigen ließen in diesem Jahre zwar die Anstellungsverträge zweier höherer Funktionäre ab, aber könne man diesen verdienten Mitarbeitern bei gerechter Würdigung ihrer Leistungen einfach den Stuhl vor die Tür setzen, um deutsche Wünsche zu befriedigen? Damit aber kommen Ausführungen, die wir nicht umhin können, in wörtlicher Uebersetzung wiederzugeben:

„Der Generalsekretär hat von Anfang an gewohnheitsmäßig die Regierungen wegen der Ernennung bestimmter Beamten befragt. Diese Methode kann offensichtlich praktische Vorteile haben, denn der Generalsekretär ist daran interessiert, von Persönlichkeiten in seiner Arbeit unterstützt zu werden, die in ihrer Heimat von Einfluß und bei ihrer Regierung personae gratae sind ... Aber es ist nicht nötig, daß man stets die Kandidaten der Regierungen ernennt, denn das könnte für die Unabhängigkeit und die Arbeit des Völkerbundes gefährliche Folgen haben ... Wenn auch ein im Namen bestimmter Parteien erfolgendes Vorgehen (also doch!?) unangenehm berühren mag, so hat doch der Völkerbund selbst **kein Interesse daran, sein Sekretariat von Kreaturen der Wilhelmstraße bevölkern zu lassen.** Er hat ein großes Interesse daran, daß die pazifistischen und liberalen Ideen, die einen Teil des deutschen Volkes beseelen, in Genf einen entsprechenden Ausdruck finden ... Die ausgewählten Persönlichkeiten genießen im allgemeinen das Vertrauen ihrer Regierung. Weit wichtiger aber ist ihre unbedingte Anhänglichkeit an den Völkerbund und an die Ideen, deren Ausdruck er ist."

Man sieht, die Sache unserer Pazifisten steht gut! Sie haben es wieder einmal fertiggebracht, den Genfer Sachwaltern des Versailler Vertrages als willkommene Bundesgenossen im Kampf gegen die deutsche Regierung und ihre berechtigten Forderungen zu dienen. Zugleich aber wird hier mit aller Offenheit gesagt, daß man in Genf trotz des Geistes von Locarno Herrn Stresemann und seinem Ministerium noch mit der alten Feindseligkeit gegenübersteht. Und wir werden es erleben, daß bei jeder Forderung, die Deutschland im Völkerbund aufstellen wird, das alte, und wohlbekannte Spiel von neuem beginnt. Vor aller Welt wird man die „ehrlichen, wirklich friedliebenden Teile des deutschen Volkes" gegen die „imperialistische reaktionäre deutsche Regierung" ausspielen. Und unsere Linkspresse wird nur zu gerne den „wahren Freunden Deutschlands" seelndieren!

* * *

Die in dem vorliegenden Artikel behandelte Angelegenheit wird, wie wir bereits mitteilten, in der morgigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag erörtert.

Bisher 25 000 falsche Frankennoten.

Der Fortgang der Untersuchung in Budapest.

TU **Budapest**, 8. Januar.

Ueber die Banknotenfälschungsaffäre wird weiter mitgeteilt, daß der Kreis der Fälscherbande ziemlich scharf abgegrenzt ist. Es handelt sich im wesentlichen um jene Leute, die fast immer als geschlossene Kolonne bei den Wirren der Nachkriegszeit aufgetreten waren und nach der rumänischen Besetzung von Budapest im Hauptquartier der Nationalarmee eine Art Garde dieses Hauptquartiers bildeten. In der Folgezeit waren diese Leute an den Aufständen in Westungarn beteiligt und wirkten auch am zweiten Königsputsch mit. Fest steht bisher, daß insgesamt 25 000 falsche Frankenscheine erschienen sind, doch sollen ungefähr ein Drittel davon als Makulatur derrichtet worden sein. Gestern wurde über das Vermögen des Prinzen Windisch-Graetz und des Polizeichefs Nadossy die Sperre verhängt. Bemerkenswert ist, daß gestern in Budapest auch falsche Millionenscheine kursierten. Drei von diesen Scheinen wurden festgestellt und der Polizeihauptmannschaft eingeliefert. Ob diese Fälschungen mit der großen Frankenfälschung im Zusammenhang stehen, konnte noch nicht festgestellt werden.

Der technische Leiter des kartographischen Instituts in Budapest, Geró, der den Druck der falschen Noten geleitet hat, sagte u. a. aus: Die von einer Leipziger Firma bezogene Preßmaschine war Ende August zum Betrieb fertig. Nach Einholen der Matrizen begann der Druck, der jedoch zunächst nicht vollständig glückte. Auch bei der Anfertigung des Wasserdrucks auf dem durch Raba aus Berlin besorgten Papier gab es Schwierigkeiten, so daß neues, dünneres Papier bezogen werden mußte. Nach Beendigung des Drucks wurde die Maschine zerlegt und teilweise auch zerbrochen und als Alteisen einer Budapester Firma verkauft. — Der gestern von der Polizei verhaftete Peter Polnay wurde noch gestern abend wieder freigelassen, da er es beweisen konnte, daß er mit der Fälschungsangelegenheit nicht zu tun hatte. Er hatte seinen Freunden Marsovszki und Mankovits einen Koffer zur Verfügung gestellt, ohne über den Verwendungszweck unterrichtet zu sein.

Besprechungen Briands mit dem französischen Gesandten in Budapest.

Paris, 8. Januar.

„Matin" berichtet, Briand habe gestern den zur Regelung persönlicher Angelegenheiten in Paris eingetroffen französischen Gesandten in Budapest Clinchant empfangen und mit ihm über die Banknotenangelegenheit gesprochen. Seit 1924, bemerkt „Matin" weiter, wisse man in Paris, daß Prinz Windisch-Grätz falsches Geld herstelle und daß er im Jahre 1925 nach seinem Schlosse russische Arbeiter, ehemalige Techniker der Petersburger Münze, habe kommen lassen. Man habe aber in Frankreich die Angelegenheit nicht sehr tragisch genommen, da man gewußt habe, daß die Fälschungen schlecht seien und daher nur schwer abgesetzt werden könnten. Wie der Wiener Berichterstatter des „Matin" weiter meldet, sollen von den Anhängern der Kandidatur des Kronprinzen Otto die ersten Denunziationen ausgegangen sein.

Nachforschungen in Westdeutschland.

Mtb **Köln**, 8. Januar.

Wie das „Kölner Tageblatt" aus Bochum erfährt, bezweckt die Tätigkeit der französischen und holländischen Detektive in Westdeutschland, in der Angelegenheit der ungarischen Banknotenfälschungen Klarheit über die mehrfachen Reisen des Sekretärs des Prinzen Windisch-Grätz, Bela Raba, in das besetzte Gebiet zu schaffen. Der Prinz sowie Bela Raba geben zu, daß es sich bei der Tätigkeit Rabas in Westdeutschland um Verhandlungen über Beteiligungen von Vermögenswerten des Prinzen Windisch-Grätz gehandelt hat. Es scheint jedoch festzustehen, daß durch die Vermittlung Bela Rabas eine große Anzahl von angeblich hochwertigen Gemälden aus dem Familienbesitz des Prinzen, und zwar Bilder von Murillo, Velasquez, van Dyck und Caravaggio nach Westdeutschland an Industrielle als Gelegenheitskauf angeboten worden sind. Man nimmt an, daß es sich bei den von Raba angebotenen Gemälden um Bilder zweifelhaften Ursprungs handelt, die der Prinz unter der Hand zu einem, den Weltmarktpreis weit übersteigenden Preis an den Mann zu bringen suchte. Die Ermittlungen der Detektive sollen bereits überraschende Ergebnisse gezeitigt haben.

Griechisch-türkischer Grenzstreit.

Anrufung des Haager Gerichtshofes?

London, 8. Januar.

„Times" meldet aus Athen: Es verlautet von gutunterrichteter Seite, daß sich zwischen griechischen und türkischen Delegierten in der mit der Festlegung der griechisch-türkischen Grenze betrauten internationalen Kommission wegen der im Delta der Mariza gelegenen Insel Ibchiau Ata Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten. Der griechische Generalstab hat den Standpunkt der griechischen Regierung in einer Denkschrift niedergelegt, die an den internationalen Gerichtshof im Haag gesandt werden soll.

Die preußische Regierung für reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung.

Eine Erklärung Höpker-Aschoffs.

Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte die Beratung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern fort.

Der Vorsitzende Abg. Dr. Rahl (D. Vp.) teilte mit, daß der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff der Bitte des Ausschusses um persönliches Erscheinen entsprochen habe und Anfragen beantworten wolle.

Hierauf fragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) an, wie die preußische Regierung zu der Frage einer reichsgesetzlichen Regelung der Auseinandersetzung mit dem Königshause stehe.

Abg. Koch-Weser (Dem.) stellte namens seiner Partei diese Frage gleichfalls.

Abg. Dr. Bell (Z.) wollte wissen, welche Mängel oder Unzuträglichkeiten bei der bisherigen Regelung der Vermögensauseinandersetzung und der Rechtsprechung hierüber entstanden seien.

Der preußische Finanzminister

Dr. Höpker-Aschoff

erwiderte, daß damals, als Preußen den Vergleich schloß, von der preußischen Staatsregierung angenommen worden wurde, daß mit einer reichsgesetzlichen Regelung der Frage nicht mehr gerechnet werden könne, insbesondere nach der Ablehnung des entsprechenden sozialdemokratischen Antrags im Plenum. Andererseits sonnte Preußen die Auseinandersetzung den Gerichten nicht mehr überlassen, ohne daß der preußische Staat großen Schaden erlitten hätte. Deshalb erhielt der Finanzminister die Ermächtigung des Vergleiches. Nunmehr sei Preußen verpflichtet, den Vergleich auch durchzuführen. Er sei geschlossen vorbehaltlich der Zustimmung des Staatsrats und des Landtags. Preußen habe ihn nicht freudigen Herzens angenommen. Und wenn jetzt in letzter Stunde eine andere Möglichkeit der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit dem Königshause durch reichsgesetzliche Regelung geboten würde,

so würde selbstverständlich Preußen davon Gebrauch machen.

Die preußische Staatsregierung würde in diesem Falle den Vergleich dem Landtage und dem Staatsrate vorlegen, aber nicht seine Genehmigung empfehlen, sondern vorschlagen, von der Ermächtigung des Reiches Gebrauch zu machen.

Die Frage nach den bisher entstandenen Unzuträglichkeiten sei nicht ganz einfach zu beantworten. Bekanntlich sind die Urteile der Gerichte so ausgefallen, daß der Staat ungeheuren Schaden erlitten hätte, wenn die Staatsregierung nicht den Vergleichsweg beschritten hätte. Schuld daran sei die eigenartige Rechtslage.

Abg. **Everling** (Dnatl.) beantragte, daß bei einer evtl. neuen Wertfeststellung der den Hohenzollern überlassenen Grundstücke auch die dem Staate zugesprochenen Grundstücke entsprechend neu bewertet werden müßten.

Auf Fragen verschiedener Abgeordneter erklärte der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff, nach dem Vergleich sei der Wert der dem Staate zufallenden Vermögensstücke auf 686 Millionen, der Wert der dem Hohenzollernhause zufallenden auf 184 Millionen zu schätzen. Darin seien aber auch die Vermögensstücke enthalten, die z. B. Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel — unstreitig Staatsbesitz sind. Die Wertfeststellung der Domänen und Forsten sei vielleicht nicht mehr ganz zutreffend, aber das gleiche sich für beide Teile aus. Für die Auseinandersetzung mit den im Jahre 1815 mediatisierten und deposseedierten Fürstenhäusern sei ein Senat des Reichsgerichts als Schiedsgericht bestimmt worden. Der jetzige preußische Vergleich unterscheide sich von den 1920 vorgeschlagenen dadurch, daß damals dem Hohenzollernhaus nach 100 Millionen Mark zugesprochen waren, die jetzt fortgefallen sind. Die es sich aber um entwertete hundert Millionen Papiermark handelte, sei der jetzige Vergleich nicht wesentlich günstiger als der frühere. Die preußische Regierung, so fährt der Minister, würde den jetzigen Vergleich nicht abgeschlossen haben, wenn sie freie Hand gehabt hätte. Sie war aber nach Lage der Verhältnisse dazu gezwungen. Der Minister erklärte sich bereit, dem Ausschusse die Urteile in den nicht veröffentlichten Prozessen zugänglich zu machen.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) wies darauf hin, daß unter den im Vergleich als dem Staate zugefallen aufgeführten Schlössern sich Schlösser im Werte von 850 Millionen Mark befinden, die unstreitig immer Staatseigentum waren, es wäre darum zweckmäßig, eine Aufstellung darüber zu geben, wie der Vergleich über die streitigen Vermögensstücke ausgefallen ist.

Der Minister erklärte sich bereit, später eine solche Aufstellung beizubringen.

Die gestern begonnene

Aussprache über Thüringen

wurde dann wieder aufgenommen.

Der thüringische Finanzminister Dr. von Klüchtner setzte seinen Bericht über die Auseinandersetzung mit den thüringischen Fürstenhäusern fort. Mit dem ehemaligen Herzog von Sachsen-Altenburg hatte 1919 die Auseinandersetzung das Ergebnis, daß der Herzog eine einmalige Abfindung von 5,2 Mill. erhielt, wofür dem Staat der gesamte Domänenbesitz im Werte von 4,8 Mill. zufiel mit Ausnahme einiger Grundstücke und des Schlosses „Fröhliche Wiederkunft" (Heiterkeit). Der Herzog habe seinerzeit den Auseinandersetzungsvertrag angenommen, ihn aber mit Klage vom 15. Januar 1925 als gegen die guten Sitten verstoßend gerichtlich angefochten. Der Prozeß sei noch im Gange.

Auf eine Frage des Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.), womit der Herzog von Altenburg die Anfechtung begründe, erklärte Finanzminister von Klüchtner: Darauf wird am besten der Abg. Eyceling Auskunft geben können, der ja Vertreter des Herzogshauses ist. (Bewegung links.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte hierauf, daß doch unmöglich ein Mitglied des Reichstags hier im Rechtsausschuß sitzen könne, nicht als Vertreter des Volkes, das